

Hanf-Shop am Markt durchsucht

Polizei Gegen drei Betreiber des Tübinger Shops wird wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz ermittelt.

Tübingen. Wegen verschiedener Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (BTMG) wird unter anderem gegen drei Betreiber eines Tübinger Cannabidiol-Shops ermittelt. Das teilen Polizei und die Tübinger Staatsanwaltschaft in einer gemeinsamen Erklärung mit. Die jeweils 28 Jahre alten Betreiber des Marktplatz-Shops stehen im Verdacht, unerlaubt und gewerbsmäßig Betäubungsmittel hergestellt und die hergestellten Cannabidiolprodukte sowohl in ihrem Geschäft als auch über einen Online-Shop verkauft zu haben.

Aufgrund der Angebotspalette der Geschäfte hätten sich nach Polizeiangaben konkrete Verdachtsmomente ergeben, dass von den Beschuldigten entgegen der Bestimmungen des Betäubungsmittelgesetzes THC-haltige Produkte angeboten werden, die zur missbräuchlichen Verwendung zu Rauschzwecken geeignet und sogar bestimmt sind. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Teemischungen mit Marihuanaabläuten, marihuanahaltige Backzutaten und Öle sowie andere Produkte zum oralen Konsum.

„Entgegen der irigen Meinung, dass es für eine Strafbarkeit nach dem BTMG ausschließlich auf die Höhe des THC-Gehalts ankomme und daher der Umgang mit Waren, die weniger als 0,2 Prozent THC enthalten, generell erlaubt sei, erlaubt das BTMG den gewerblichen Umgang mit CBD-Produkten nur dann, wenn ein Missbrauch zu Rauschzwecken ausgeschlossen ist“, heißt es in der Mitteilung. Erlaubt wäre demnach etwa der Handel mit einer Seife mit einem

THC-Gehalt von unter 0,2 Prozent. Der Handel mit einem Tee oder anderen, zum menschlichen Konsum bestimmten und damit zu Rauschzwecken geeigneten Waren ist hingegen unabhängig von der Höhe des THC-Gehalts, also auch bei einem THC-Gehalt von unter 0,2 Prozent, gesetzlich verboten. Auch Besitz und Erwerb solcher Produkte sind strafbar.

Bei den weiteren kriminalpolizeilichen Ermittlungen erhärtete sich der bestehende Tatverdacht gegen die Beschuldigten, woraufhin die Staatsanwaltschaft Tübingen richterliche Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse für die Geschäftsräume und für die Wohnungen der Verdächtigen in Reutlinger Kreisgemeinden erzwirkte. Diese wurden am Dienstag vollstreckt.

16 Kilo Marihuanaabläuten

Im Laden und bei den Beschuldigten wurden unter anderem insgesamt etwa 16 Kilogramm Marihuanaabläuten, rund 30 Gramm Marihuana, etwa 16 Gramm Haschisch, eine außer Betrieb befindliche Indoor-Aufzuchtanlage, der größte Teil des Warenbestands, zwei Laboreinrichtungen und Utensilien zur Herstellung von CBD-Produkten, mehrere tausend Versandgläser und über 16000 Euro Bargeld aufgefunden und beschlagnahmt.

Die Auswertung weiterer sichergestellter Beweismittel und die Ermittlungen zum Umfang des unerlaubten Betäubungsmittelhandels dauern noch an. Die Beschuldigten machen von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch und befinden sich auf freiem Fuß. *ST*



Auch am PC und bei allen sitzenden Tätigkeiten sollte man regelmäßig Pausen für Bewegung einlegen und den Rücken trainieren. Bild: AGR e. V.

Krankenkassen steigen weiter

Medizin Die AOK legte gestern ihren regionalen Gesundheitsreport für 2019 vor. Die höchsten Ausfallzeiten sind im Verkehrs- und Bauwesen zu verzeichnen. Von Ulla Steuernagel

Auch ohne dass Covid 19 statistisch eingehen konnte, ist in den vergangenen zwölf Jahren der Krankenstand bei den AOK-Versicherten kontinuierlich angestiegen. Die gestern vorgestellte AOK-Bilanz bezieht sich auf das Jahr 2019, und wieder ist ein Rekord zu verzeichnen: Der Krankenstand der AOK-Versicherten im Kreis Tübingen ist gegenüber 2018 von 5,0 auf 5,1 Prozent und in der Region Neckar-Alb von 5,1 auf 5,2 Prozent gestiegen. In Tagen bedeutet das für die Region: Jedes der 45 912 arbeitenden AOK-Mitglieder fehlte im Durchschnitt 18,6 Tage. Die Versichertenzahl der AOK ist im Kreis Tübingen niedriger als andernorts. Sie liegt bei 38 Prozent, ansonsten eher über 50 Prozent. Das hat in Tübingen mit der hohen Zahl der Privatversicherten zu tun. Dennoch, so Klaus Knoll, der Geschäftsführer der AOK Neckar-Alb, seien die Tübinger Zahlen repräsentativ.

In seinem Krankenstand ist Tübingen auf gleicher Höhe mit dem baden-württembergischen Durchschnitt. Hamburg (4,5 Prozent) und Bayern (4,8 Prozent) stehen besser da. Aber, so erläuterte Knoll die Zahlen, nicht nur die älter werdenden Belegschaften und das ge-

stiege Renteneralter sind für die höheren Krankheitsausfälle mitverantwortlich. „Auch die gute Konjunktur hat etwas mit dem Krankenstand zu tun.“ Die Arbeitnehmer seien dann weniger ängstlich um ihren Arbeitsplatz besorgt und schleppten sich nicht noch krank zur Arbeit.

Ab 60 öffnet sich die Schere

Die Krankenkassenkurve von Männern und Frauen verläuft nahezu gleich. Zwischen 35 und 39 Jahren haben die Arbeitnehmer die wenigsten Fehltag, bei Frauen gilt dies sogar über einen längeren Zeitraum, nämlich von 30 bis 39 Jahren. Ab 60 zeigt sich jedoch eine deutliche Differenz (Männer: 11,1, Frauen: 8,4 Prozent). Womöglich liege der Unterschied darin, so interpretierte Richard Scherer, Koordinator für Betriebliches Gesundheitsmanagement die Zahlen, dass Frauen früher in Rente gehen, mehr für ihre Gesundheit tun und Männer eher in Verschleißberufen arbeiteten. Krankheitsdauer differiert sehr, meist muss die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung erst ab drei Tagen eingereicht werden. Längstens wird Krankengeld bis zu anderthalb Jahren gewährt. Erwartungsgemäß führen auch

diesmal Verkehr, Transport und Baugewerbe die Tabelle der Branchen mit den höchsten Fehlzeiten an. Während Banken, Versicherungen, Erziehung oder Dienstleistungen die geringsten Ausfallzeiten verbuchen. Am niedrigsten ist der Krankenstand im Hochschulbereich und bei den Ärzten. Ärzte scheinen wohl selten krank zu sein, und das obwohl die relativ kleine Zahl von AOK-versicherten Ärzten Grunderkrankungen zumeist mitbringen, deren Behandlung von den privaten Versicherungen nicht übernommen wird.

Atemwegs- und Muskel- oder Skelett-Erkrankungen kommen bei den AOK-Versicherten am häufigsten vor. Orthopädische Probleme produzieren dabei die längsten Ausfallzeiten. Rücken und Co lie-

gen im Schnitt bei 21,5 Tagen. Die AOK bildet zur Prävention Rücken-Scouts in den Betrieben aus. Die Chefetagen hätten mittlerweile die Bedeutung solcher Bewegungsprogramme erkannt, so Scherer. In einigen der etwa 100 Betriebe, die sich von der AOK beraten oder coachen lassen, haben auch Skeptiker den Sinn von regelmäßigen Bewegungspausen, Mentalstrategien für die psychische Gesundheit und richtiger Ernährung erkannt.

Das Unternehmensklima spiele außerdem eine große Rolle für die Arbeitnehmer. Bei Beschäftigten, die mit der Unternehmenskultur unzufrieden sind, treten doppelt so viele physische und psychische Beschwerden auf wie bei zufriedenen Mitarbeitern.

Telefonische Krankschreibung nicht erfasst

Keine Prognose will AOK-Geschäftsführer Klaus Knoll zu den Zahlen der Covid-19-Erkrankungen in der Region abgeben. Auch über den Gebrauch der nun vorübergehend und vorerst für

vier Wochen geltenden Sonderregelung, nach der man sich eine Bescheinigung auf Arbeitsunfähigkeit (AU) vom Arzt telefonisch ausstellen lassen kann, wird Knoll keine Zahlen liefern können.

Diese für leichte Atemwegserkrankungen eingeführte Regelung wird in den Unterlagen der Kassen jedoch nicht sichtbar. Telefonische Konsultation wird darin nicht vermerkt.



Stolz auf viele Unterschriften (von links): Paco Schatz (FFP RT), Verena Ludewig (PFF RT), Ricarda Schneider (FFP RT), Jule Seeger, Franca Leutloff (FFF TÜ), Regine Gut und Tanja Leinweber (PFF TÜ). Privatbild

Knapp 4000 Unterschriften

Bahn-Chaos Parents und Fridays for Future sprechen mit Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern über den ÖPNV.

Tübingen. „Wir sind überwältigt von der großen Unterstützung“, melden Parents for Future (PFF) und Fridays for Future (FFF) Tübingen und Reutlingen. Die Gruppen hatten seit Januar Unterschriften für ihren Offenen Brief zum Bahn-Chaos in der Region gesammelt (wir berichteten). 3851 Menschen haben seither auf Papier oder per Onlinepetition unterzeichnet.

Im Brief an Landräte, Kreistage, Bundes- und Landtagsabgeordnete fordern sie Schienenersatzverkehr bei allen Zugausfällen, kurzfristig zusätzliche Wagen gegen überfüllte Züge, Rückerstattung für Monats- und Einzelkarten, attraktive Tarifverträge für Zug- und Buspersonal sowie einen Fahrgastbeirat.

Am 16. März sollen die Unterschriften in der Reutlinger Kreistagsitzung überreicht werden. Zu vor führen die Gruppen ein Gespräch mit Landrat Thomas Reu-

mann und Verkehrsminister Winfried Herrmann. Am 25. März sind die Gruppen im Tübinger Kreistag und sprechen mit weiteren Politikern. Schriftlich erhielten sie Rückmeldung vom Reutlinger Landtagsabgeordneten Ramazan Selcuk (SPD) sowie den Bundestagsabgeordneten Michael Donth (Reutlingen, CDU) und Martin Rosemann (Tübingen, SPD).

„Wir hoffen sehr, dass konkret spürbare Verbesserungen der derzeitigen Situation, die auch dauerhaft tragfähig sind, schnell angegangen werden“, so Tanja Leinweber (PFF Tübingen). Denn trotz leichter Verbesserungen seien überraschende Zugausfälle weiterhin Alltag. Da bisher keine wirkliche Entspannung in Sicht sei, „erwarten wir eine grundsätzliche Neuaufstellung des ÖPNV-Krisenmanagements“, so Jule Seeger (FFF Tübingen). *hz*

Ein Hafen ohne Anlegestelle

Flüchtlinge Der Kreistag debattierte über einen Beitritt zum Bündnis „Sichere Häfen“.

Tübingen. In der Sitzung des Verwaltungs- und Technischen Ausschusses des Kreistags wurden am Mittwochabend gleich zwei Anträge beraten, in denen ein Beitritt des Landkreises Tübingen zum Bündnis „Sichere Häfen“ gefordert wird. In diesem Bündnis haben sich 140 Städte und Gemeinden zusammengeschlossen, die sich bereiterklären, zusätzlich zum normalen Verteilungsschlüssel weitere Flüchtlinge aufzunehmen, die im Mittelmeer aus Seenot gerettet worden sind.

„Für mich ist der Landkreis in keiner Weise geeignet, einen sicheren Hafen darzustellen.“

Manfred Hofelich, FWV-Fraktion

Zunächst hatte die Fraktion Die Linke beantragt, „aus Seenot gerettete Menschen direkt aufzunehmen und unterzubringen“ – und zwar „zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender“. Das wäre „ein politisches Signal für Menschenrechte und Menschenwürde“, sagte Linken-Kreisrat Andre-

as Linder im Ausschuss. Vorsichtiger formuliert war der Antrag der Grünen, der erst am Tag der Sitzung verschickt wurde. Darin heißt es etwa: Der Landkreis Tübingen „eruiert, wie er Geflüchtete direkt aufnehmen kann“. Im Gremium sagte Asli Küçük, die Grünen sähen „die Notwendigkeit, dass im Mittelmeer humanitäre Hilfe geleistet wird – und zwar schnell“. Aktuell sorgen insbesondere die dramatischen Zustände in den Flüchtlingslagern auf der griechischen Insel Lesbos für Aufmerksamkeit

Auf den Antrag der Linken hatte die Verwaltung ablehnend reagiert. Zur Begründung verwies sie in der Beschlussvorlage unter anderem darauf, dass der Kreis „mangels eigenem Hoheitsgebiet kein ‚sicherer Hafen‘ sein kann“. In der Aussprache im Gremium formulierte es Landrat Joachim Walter so: „Wir sind ein Hafen ohne Anlegestelle.“

Stephan Neher, CDU-Kreisrat und Oberbürgermeister Rottenburgs – einer Stadt, die ebenso wie Tübingen bereits ein „sicherer Hafen“ ist – sagte, er freue sich über den Antrag. „Flucht muss immer ein sicheres Ende haben.“ Darum könne er dem Grünen-Antrag zu-

mindest teilweise zustimmen. Da allerdings die Städte und Gemeinden der angemessene Adressat dieser Forderung sei, müsse in jedem Fall die geforderte Prüfung einer „direkten“ Aufnahme gestrichen werden.

„Es ist wichtig, dass wir als Landkreis ein Signal senden: Was auf Lesbos passiert, ist nicht mit unseren Werten vereinbar.“

Hendrik Bednarz, SPD-Fraktion

Landrat Walter betonte, dass der Kreis Tübingen bei der Aufnahme von Flüchtlingen immer vorne dabei gewesen sei. „Wir haben nie gesagt, wir schaffen es nicht.“ Mit einer Erklärung, die von einer breiten Mehrheit des Kreistags getragen werde, könne er darum gut leben. Dafür sollte die Diskussion aber nochmals in die Fraktionen zurückgegeben werden. Dann könne der Kreistag in seiner Sitzung am 25. März ein „schönes Zeichen“ setzen.

Dietmar Schöning (FDP) sorgte sich, dass die Diskussion damit beendet sei. „Wir sollten uns trotzdem jetzt noch darüber austauschen.“ Tatsächlich gab es noch einige weitere Wortmeldungen, von denen vor allem die von FWV-Kreisrat Manfred Hofelich herausschallte. Er äußerte sich als erster konsequent ablehnend: „Für mich ist der Landkreis in keiner Weise geeignet, einen sicheren Hafen darzustellen.“ Er komme seinen Aufgaben nach, darum bestehe keinerlei Bedarf an irgendwelchen Erklärungen.

Dem widersprach unter anderem der SPD-Kreisrat Hendrik Bednarz: „Es ist wichtig, dass wir alle Landkreise ein Signal senden: Was auf Lesbos passiert, ist nicht mit unseren Werten vereinbar.“ Es reichte nicht, dass jetzt „alle betroffen tun.“ Stattdessen müssten Taten folgen. Auch Michael Bulander, Mössinger Bürgermeister und wie Hofelich in der FWV-Fraktion, erklärte seine prinzipielle Bereitschaft, „einen Schritt mitzugehen“. Nachdem sich die Fraktionen für sich und untereinander verständigt haben, soll in der Sitzung am 25. März eine Resolution zum Beschluss vorgelegt werden. *Fabian Renz-Gabriel*